

Analyse zur geplanten Rentenreform in Frankreich

## «Blockiert, so viel ihr könnt!»

Gewerkschaften und Linksparteien rufen für Dienstag ein weiteres Mal zum Widerstand gegen die Rentenreform auf. Vor allem die Schulen und der öffentliche Verkehr werden bestreikt. Nur jeder fünfte TGV-Zug dürfte verkehren. Fernfahrer wollen zudem Autobahnzufahrten sperren. Auch Ölfraffinerien dürften blockiert werden.

In 260 französischen Orten sind Demonstrationen geplant. Die Gewerkschaften treten geschlossen an und hoffen auf mehr als eine Million Teilnehmer. Diese Zahl gilt als Gradmesser für den Erfolg der Proteste. Die Vorlage wird seit Wochen im französischen Parlament diskutiert.

Der Hauptwiderstand richtet sich gegen die Erhöhung des Rentenalters von 62 auf 64 Jahre. Sie wird als sozialer Rückschritt empfunden. Zudem scheint der Moment für eine solche Reform schlecht gewählt: Seit der Covidpandemie, dem zunehmenden Homeoffice und dem Hitzerekord des Sommers '22 nimmt in Frankreich die Kritik am leistungsorientierten Gesellschaftsmodell zu. Viele junge Leute wollen weniger arbeiten – nicht mehr.

Die Gewerkschaften behaupten, die Frauen hätten in der Reform mehr zu verlieren als andere, da ihre Laufbahn und damit ihre Beitragsjahre durch die Mutterschaft häufig unterbrochen würden. Die Regierung entgegnet, sie trage diesem Umstand mit neuen Konzessionen Rechnung.

Leidtragende sind zudem Frankreichs Senioren. Sie werden von ihren Arbeitgebern häufiger als in anderen Ländern entlassen: Von den über 55-jährigen sind in Frank-

### «Es wird ein Kampf auf Biegen und Brechen.»

in der Nationalversammlung keine Mehrheit hat, weshalb der Präsident auf die Schützenhilfe der konservativen Republikaner angewiesen ist. Sie stellen erstaunlicherweise vermehrt soziale Rentenforderungen. Die Macronisten verdächtigen sie, die Regierung zu Fall bringen zu wollen.

Die Gewerkschaft CGT ruft zumindest in der Pariser U-Bahn zur «unbefristeten» Fortsetzung des Streiks auf. Sie versucht generell, die Proteste von Dienstag auf die ganze Woche und vielleicht sogar darüber hinaus auszudehnen. Linkenchef Jean-Luc Mélenchon hat seine Landsleute seinerseits aufgerufen, das Land lahmzulegen. «Blockiert, so viel ihr könnt», rief er seinem studentischen Publikum zu.

Die Regierung warnt vor einer Radikalisierung der Proteste, die schnell einmal in Gewalt und Krawalle münden könnten. Das wäre kontraproduktiv. Vorläufig sind laut Umfragen bis zu 70 Prozent der Französinen und Franzosen gegen die Reform. 1995 hatte Premier Alain Juppé eine ebenso unpopuläre Rentenreform nach dreiwöchigen Protesten und Sperren abblasen müssen. Macron kann sich einen Rückzieher politisch kaum leisten, stellt doch die Rentenreform das Kernstück seiner beiden fünfjährigen Amtszeiten dar. Die nächsten Tage dürften die Entscheidung bringen. Es wird ein Kampf auf Biegen und Brechen.



Stefan Brändle, Paris  
ausland@chmedia.ch

reich nur 56 Prozent beruflich aktiv. Die Regierung ging erst in der Parlamentsdebatte darauf ein: Sie will Unternehmen mit Bussen anhalten, einen Mindestanteil an Senioren zu beschäftigen, und plant für sie einen speziellen Arbeitsvertrag mit Schutzwirkung.

Der unpopuläre Präsident hält sich bewusst aus der Schusslinie. Seiner Regierung gelingt es indessen nicht, das Reformziel der Bevölkerung näherzubringen. Premierministerin Elisabeth Borne hat es nicht einmal geschafft, «linke» Aspekte der Reform – wie etwa die Einführung einer Mindestrente von 1200 Euro – zu verkaufen: Bis heute ist unklar, wie weit die Ausnahmen von dieser sehr teuren Massnahme gehen werden.

Kompliziert wird die Lage für Macron auch, weil sein Lager

Persönlich

## Hotelzimmer oder Fotosession?

Als Journalist gehört der Kontakt mit verschiedenen Menschen täglich zum Job, er ist quasi die DNA des Berufs. Je nach Örtlichkeit gestalten sich diese Begegnungen komplett anders. Während in Grossraumbüros die erste Anlaufstelle der Empfang ist, dürfen Mitarbeitende in kleineren Büros direkt die Kundschaft begrüßen. Und sind ihr so manchmal auch ohne Vorwarnung «ausgeliefert».

Manchmal gibt es Leute, die mit Anliegen das Redaktionsbüro aufsuchen, die nicht zum Kerngeschäft der schreibenden Zunft gehören. Auf der Freiamt-

Redaktion der AZ in Wohlen passiert dies regelmässig – und sorgt für Erheiterung. Mit zwei Schritten vom Trottoir aus steht man als Passant quasi mitten im Büro. «Entschuldigung, gibt es hier Hotelzimmer?» heisst es schon mal, wenn jemand reinkommt. Ausser einem älteren Sofa können wir da nichts anbieten.

Regelmässig erkundigen sich Leute nach freien Stellen, wollen Unterlagen kopieren oder Übersetzungen bekommen. Solche verweisen wir ans Regionale Arbeitsamt (RAV). In letzter Zeit beliebt sind Überraschungsbesuche für

Fotosessions. Zu unserer grossen Verwunderung passt die Adresse. Obwohl fotografieren Teil unseres Berufes ist, schicken wir die Besuchenden bisher achselzuckend wieder weg. Erst kürzlich realisierten wir, dass im gleichen Gebäude offenbar ein privater Fotograf einquartiert ist.



Marc Ribolla  
marc.ribolla@chmedia.ch

# Neutralität: S

Sollte die Schweiz der Weitergabe von Waffen in die Ukraine

Interview: Reto Wattenhofer

### Wie beurteilen Sie die Debatte um die Weitergabe Schweizer Waffen?

Oliver Diggelmann: Eines muss man klar sagen: Wir sind nicht wegen des Neutralitätsrechts in die heutige Situation geraten.

### Sondern?

Unser Problem ist, dass wir alles gleichzeitig wollen. Wir wollen neutral sein, wir wollen Waffen exportieren, und wir wollen auch noch die Kontrolle über diese Waffen behalten. Und: Wir wollen auch die Guten sein. Das fällt uns jetzt auf die Füsse.

### Warum?

Wir dürfen europäischen Ländern nicht erlauben, Waffen an eine Kriegspartei zu liefern, die klar das Opfer ist. Das beschädigt die Schweiz. Das Neutralitätsrecht sagt: keine militärische Unterstützung einer Kriegspartei während eines laufenden Krieges. Wenn man während eines Kriegs Weitergaben von Waffen ins Spiel bringt, macht man das.

### Trotzdem ist die Zustimmung dafür gross. Erklärt der Bundesrat die Neutralitätspolitik der Schweiz nicht gut genug oder hat der Wind in der Gesellschaft gedreht?

Die Menschen spüren den internationalen Druck und empfinden Ohnmacht und Scham. Man will militärisch wenigstens ein bisschen helfen können. Was würde die Bevölkerung aber auf die Frage sagen: Sollen wir die Neutralität hinter uns lassen? Der Bundesrat hätte klarer sagen können, wo er Spielräume hat und wo nicht. Im Bereich der zivilen Hilfe hat er das. Die nutzen wir meiner Meinung nach zu wenig.

### Jüngst schrieben Sie: «Ist eine Partei eindeutig der Aggressor, so war dies immer schon ein moralisches und oft auch politisches Problem für den Neutralen.» Sprechen Sie darauf an?

Genau. Durch unsere Überhöhung der Neutralität haben wir das Gefühl für die heiklen Aspekte dieser Rolle verloren. Wenn es etwa Gut und Böse gibt wie im Zweiten Weltkrieg, ist Neutralität allenfalls zu rechtfertigen, moralisch aber höchst ambivalent. Als die Alliierten danach die UNO gründeten, war für sie klar: Neutrale werden vorerst nicht Mitglieder, sie haben nicht gegen die Aggressoren gekämpft. Die Schweiz und andere Neutrale hatten ein erhebliches Reputationsproblem.

### Wer beurteilt eigentlich, ob die Schweiz neutral ist?

Ob das Neutralitätsrecht beachtet wird, ist eine wissenschaftliche Frage. Da man kein Gericht anrufen kann: die Völkerrechtswissenschaft. Jenseits des Neutralitätsrechts ist die Frage nach richtig und falsch aber eine politische Frage. Da gibt es Raum für rigide und flexiblere Neutralitätsverständnisse.

### Sie stützen die Argumentation des Bundesrats, dass keine Weitergabe von Waffen möglich ist. Warum?

Solange wir neutral sind, müssen wir das Neutralitätsrecht ernst nehmen. Das ist nur konsequent und nicht kleinräumig. Wenn man einen Staat militärisch unterstützen will, kann man



Oliver Diggelmann ist Professor für Völker- und Staatsrecht an der Universität Zürich. Bild: Gaëtan Bally/Key

eben nicht neutral sein, ausser der UNO-Sicherheitsrat autorisiert die Unterstützung. Stellen Sie sich vor, der Bundesrat würde sagen: Okay, der Druck ist gross, also legen wir jetzt das völkerrechtliche Neutralitätsrecht einen Moment beiseite. Künftig würde man sagen: Seht her, im Ukrainekrieg hat die Schweiz selbst gesagt, sie dürfe das Opfer militärisch unterstützen.

### Was würde eine Kehrtwende des Bundesrates über Nacht für die Neutralität bedeuten?

Nach der ersten Erleichterung würde wohl der Eindruck überwiegen, die Schweiz passe ihre Auslegung des Neutralitätsrechts immer gerade dem an, was gerade für sie opportun ist. Wie gesagt: Der Neutrale hat grosse Spielräume im zivilen Bereich, nicht aber der militärischen Unterstützung. Wenn er diese Bindung loswerden will, dann soll er sagen, er wolle nicht neutral sein.

### Die Befürworter im Parlament berufen sich auf eine Resolution von 1950. Diese habe ein Präjudiz geschaffen, dass die UNO auch bei blockiertem Sicherheitsrat handeln kann. Trifft das nicht auf die Ukraine zu?

Der «Uniting for Peace»-Mechanismus bedeutet vor allem, dass die Generalversammlung in einem solchen Fall Notsitzungen abhalten kann. Das ist im Fall der Ukraine geschehen. Sie hat Russlands Krieg als «Aggression» bezeichnet, ein ganz selten verwendeter Begriff. Höchst umstritten ist aber, ob die Generalversammlung rechtlich verbindlich etwas anordnen kann. Diese Auffassung gibt es zwar. Sie stützt sich aber nicht auf einen breiten Konsens und ist meiner Meinung nach spekulativ. Stellen würde sich diese Frage,



# Schweiz muss sich entscheiden

zustimmen, wäre es redlicher, die Neutralität grundsätzlich zu hinterfragen, sagt Völkerrechtsprofessor Oliver Diggelmann.



wenn die Generalversammlung im Rahmen des «Uniting for Peace»-Mechanismus den Einsatz von Gewalt «empfehlen» würde. Wie sie es im Fall des Koreakrieges 1950 getan hat. Im Fall der Ukraine entschloss sie sich letztes Jahr nicht zu diesem Schritt.

**Ins Feld geführt wird auch die kollektive Selbstverteidigung. Im Falle eines bewaffneten Angriffs dürfen sich alle Staaten verteidigen. Was halten Sie davon?**

Hier ist durch viele Behauptungen einige Verwirrung geschaffen worden. Bei Staatenkriegen gibt es drei Kategorien von Staaten: die Kriegführenden, die Nichtkriegführenden und die Neutrale. Die Ukraine ist kriegführend und übt ihr Recht auf individuelle Selbstverteidigung aus. Wenn Deutschland der Ukraine mit Waffen hilft, unterstützt es diese individuelle Selbstverteidigung. Es ist selbst nicht Kriegspartei, darf als nichtkriegführender Staat aber militärisch unterstützen. Das darf der Neutrale nicht.

**Heisst das, das Neutralitätsrecht ist für immer und ewig in Stein gemeisselt?**

Nein. Ich persönlich könnte mir die Schweiz an sich auch ähnlich wie Norwegen vorstellen. Das in der NATO ist, aber nicht in der EU. Oder als eine Art Dänemark, das sowohl EU- als auch NATO-Mitglied ist. Das sind sehr erfolgreiche Länder, die uns mentalitätsmässig mit ihrem Pragmatismus nahe stehen. Es gibt gute Gründe, daran festzuhalten, aber auch eine nicht neutrale Schweiz könnte ein Erfolgsprojekt sein. Generell müssen wir als Land vor allem eine bessere Antwort als bisher auf die Frage finden, was wir genau an die Friedenslasten beitragen.

**Wie könnte die Neutralitätspolitik der Schweiz im 21. Jahrhundert aussehen?**

Ich sehe Spielräume für die Schweiz als neutralem Staat, wenn sie generell als konstruktive Kraft wahrgenommen wird. Nicht hilfreich ist, wenn wir als extrem mühsamer Partner unseres wichtigsten Partners EU gelten.

**Wie meinen Sie das?**

Wir ringen im Verhältnis zur EU obsessiv um Kleinstvorteile. Es wäre sinnvoll, die Regeln dieses Clubs, der die EU im Grunde ist, zu akzeptieren, wenn man Dabeisein und am Binnenmarkt wie die anderen partizipieren will. Nicht hilfreich ist auch, dass allen Beteuerungen zum Trotz weiterhin die Vermögen von Kleptokraten und Autokraten bei uns lagern und wir mit Waffenexporten gute Geschäfte machen. Entscheidend ist die Gesamtwahrnehmung.

**Wird die Neutralität auch in Zukunft so wichtig bleiben?**

Die Rolle der Neutralität im schweizerischen Gefühlshaushalt wird in den nächsten zwei Jahrzehnten vermutlich deutlich zurückgehen. Nicht nur wegen des Ukrainekrieges. Es ist auch eine Generationenfrage. Wer die Zeit des Zweiten Weltkrieges noch als Kind bewusst erlebt hat, ist heute Mitte 80. Wir sind an der Schwelle zur Historisierung dieses Ereignisses. Vielleicht finden wir einen nüchterneren Zugang zu dieser Thematik. Und sollte man zum Schluss kommen, eine europäischere Schweiz sei eine bessere Option, so glaube ich nicht, dass dies für die Schweiz eine Schicksalsentscheidung wäre.

## Es gibt keine Waffen für die Ukraine

Der Ständerat hat am Montagabend eine Motion von FDP-Fraktionschef Thierry Burkart versenkt.

Linda Leuenberger

Eine knappe Mehrheit der Ständeratsmitglieder erteilt dem FDP-Fraktionschef Thierry Burkart eine Absage: Sie wollen das Kriegsmaterialgesetz nicht lockern. Sie haben mit 23 zu 18 Stimmen mit 2 Enthaltungen Burkarts Motion abgelehnt, die es anderen Staaten erlaubt hätte, Kriegsmaterial aus Schweizer Produktion an die Ukraine weiterzugeben.

Über zwei Stunden hat die Diskussion gedauert, ganze 16 Ständeratsmitglieder haben sich zu Wort gemeldet. In langen Voten haben sie historische Fakten bemüht, das frühere Abstimmungsverhalten von Ratskollegen kritisiert; es ist um die Guten Dienste gegangen, um die Vermittlerrolle der Schweiz und darum, wie flexibel Neutralität ist und sein sollte. Es war erst das sechste von 16 Geschäften, über die der Ständerat am Montagnachmittag hätte entscheiden sollen, aber es dauerte fast bis zum Ende der Sitzung.

SVP, SP und Grünen stimmten geschlossen gegen die Motion bei einer Enthaltung. Die FDP stimmte geschlossen dafür – ebenfalls mit einer Enthaltung. Das Zünglein an der Waage war, wie so oft, die Mitte: Sieben ihrer Ständeratsmitglieder stimmten für, sechs gegen die Motion. Damit ist Burkarts Motion vom Tisch.

Darin hatte der Aargauer FDP-Ständerat verlangt, dass die Schweiz auf die Nichtwiederausfuhrklärung verzichte, «wenn die Lieferung an Staaten erfolgt, die unseren Werten verpflichtet sind und über ein Exportkontrollregime verfügen, das dem unseren vergleichbar ist».

**Auf den internationalen Druck reagieren**

Wichtiger als die Details der Motion wäre für Thierry Burkart das Zeichen gewesen, das der Ständerat mit diesem Beschluss der westlichen Welt hätte senden können. Seine Motion sei nicht das «Gelbe vom Ei», wie er im Rat einräumte. Das seien die vielen anderen Kriegsmaterialgesetzvorstösse aber wohl auch nicht, die das Parlament seit Anfang Jahr hervorgebracht hat. Viel wichtiger wäre für ihn gewesen, jetzt auf den Druck aus dem Ausland zu reagieren.

«Die Welt versteht zwar, dass wir neutral sind und direkt keine Waffen an ein kriegsführendes Land liefern dürfen», sagte Burkart vor dem Ständeratsbeschluss gegenüber dieser Zeitung. «Was die Welt aber nicht versteht: Dass wir Drittländern verbieten, von uns gekaufte Waffen weiterzugeben.»

Es sei an der Zeit, das Problem in die Verantwortung des Bundesrats zu übergeben, sagte Burkart im Rat. Die

Detail-Debatte hätte er gerne auf den später folgenden Gesetzgebungsprozess verschoben. Zur Seite gesprungen ist ihm unter anderem der Mitte-Ständerat Benedikt Würth: «Wir hören seit Wochen, was nicht geht, jetzt würde ich gerne mal hören, was geht», sagte er an die Ständeratsmitglieder gewandt, die sich gegen die Motion ausgesprochen hatten. Der Krieg sei eine neue Ausgangslage, da gelte es die Neutralität als aussen- und sicherheitspolitisches Instrument anzupassen, wie das auch bei der Übernahme der EU-Sanktionen der Fall gewesen sei.

**Eine «Lex Rüstungsindustrie»**

Das sahen andere Räte diametral anders. Etwa SP-Ständerat Daniel Jositsch, der sagte, es gelte Neutralität auch im Kriegsfall auszuhalten, auch wenn sie dem Aggressor helfe: «Neutralität ist auch manchmal unangenehm.» Es sei nicht glaubwürdig, die Neutralität der Schweiz ad hoc immer wieder anzupassen.

Burkart wurde vorgeworfen, es gehe ihm mit seiner Motion weniger um die Ukraine und eher um die Rüstungsindustrie. Er wolle die solidarische Stimmung der Ukraine gegenüber ausnutzen, um das Kriegsmaterialgesetz zu verwässern. Der Grüne Ständerat Mathias Zopfi sprach gar von einer «Lex Rüstungsindustrie». SVP-

Ständerat Thomas Minder hatte hingegen mehr Verständnis für die Idee, die Rüstungsindustrie stärken zu wollen. Dafür müsse auch eine Lösung her, fand er, aber nicht während eines

**«Dass wir Drittländern verbieten, von uns gekaufte Waffen weiterzugeben – das versteht die Welt nicht.»**

**Thierry Burkart**  
FDP-Fraktionschef

laufenden Kriegs. Viel wichtiger sei momentan, dass die Schweiz ihre Vermittlerrolle wahre.

Das war also der Todesstoss für Thierry Burkarts Motion. Doch das Thema ist damit noch nicht vom Tisch: Schon am Mittwoch diskutiert der Nationalrat über einen anderen Vorstoss, der die Weitergabe von Kriegsmaterial unter bestimmten Voraussetzungen erlauben will.